



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf ab dem Ausbildungsjahr 2011 eine integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einzuführen, welche den individuellen Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in das Ausbildungssystem detailliert darstellt.

Das Konzept einer integrierten Ausbildungsstatistik soll folgende Merkmale und Funktionen aufweisen.

- Alle relevanten Bereiche der Berufsausbildung werden systematisch erfasst. Dabei werden alle Ausbildungsleistungen von beruflichen Schulen, von Unternehmen und anderen Bildungsinstitutionen in Form von Einzelkonten nach ihrem vorrangigen Bildungsziel in drei Zielbereiche sortiert.
- Es soll deutlich werden, welche Ausbildungsgänge aufeinander aufbauen und welche Bedeutung neben anerkannten Berufsabschlüssen (Zielbereich Berufsabschluss) studienqualifizierende Abschlüsse (Zielbereich Hochschulreife) sowie ausbildungs- und berufsvorbereitende Maßnahmen (Zielbereich Integration) im Ausbildungssystem haben.
- Es soll erkennbar werden, wie viele Jugendliche Hilfestellungen beim Übergang in Ausbildung und Beschäftigung benötigen. Weiterhin sollen Erkenntnisfortschritte bei Übergängen von der Schule in die Ausbildung und innerhalb des Ausbildungssystems erzielt werden.
- Weitere Erkenntnisfortschritte entstehen durch die Darstellung aller Zielbereiche und Einzelkonten anhand eines indikatorengestützten Vergleichs, der differenzierte

Analysen und bildungspolitische Rückschlüsse erlaubt.

- Die bildungspolitische Steuerung soll künftig frühzeitiger möglich sein als bisher, indem die Ausbildungsstatistik insgesamt zeitnäher zu einer erhöhten Transparenz der Qualifizierungs- und Ausbildungsleistungen sowohl des Staates als auch der Unternehmen führt.

- Weitere Ziele sind die Erfassung der Konfliktlagen in Betrieben, die Entwicklung eines Früherkennungssystems für die Verletzung sowohl des BBiG als auch professioneller Standards in Unternehmen.

Begründung:

Bildungspolitisches Handeln erfordert eine Ausbildungsstatistik, die auf der Grundlage einer gesicherten und umfassenden Datenlage Auskunft gibt über die Voraussetzungen, Prozesse und Ergebnisse der beruflichen Ausbildung junger Menschen. Die gegenwärtig vorhandenen Statistiken, wie z. B. die Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit, die jährlichen Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung und die jährlichen Erhebungen der Statistischen Landesämter, können dieses umfassende Bild nicht liefern.

In der Realität stellt sich die Ausbildungsstatistik gegenwärtig nicht nur für Laien relativ unübersichtlich dar. Unterschiedliche Veröffentlichungen führen zu ständigen Irritationen, weil sich Fachleute der Politik, der Arbeitsverwaltung, des DGB und der Wirtschaft immer wieder über die unterschiedlichen Zahlen und Daten, die auf unterschiedlichen Grundlagen beruhen, auseinandersetzen müssen. Eine Verständigung ist damit oft mühsam und für die Öffentlichkeit kaum nachzuvollziehen.

Björn Thoroé
und Fraktion